



Polizeipräsidium Köln, 51101 Köln
Stadt Köln - Die Oberbürgermeisterin
Amt für öffentliche Ordnung
Kalk-Karree
Ottmar-Pohl-Platz 1
51103 Köln (Kalk)

per E-Mail: ordnungsamt@stadt-koeln.de
horst.janke@stadt-koeln.de

13. Mai 2016

Seite 1 von 3

Aktenzeichen:
LStab 1 - 13.05.01-67/16

bei Antwort bitte angeben

Andreas Eckart
Telefon 0221-229-2110
Telefax 0221-229-2012
leitungsstab.koeln
@polizei.nrw.de
Raum A 3.523

Anfrage der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln (AN/0794/2016) Kriminalitätsanstieg in den Stadtteilen

E-Mail der Stadt Köln vom 25.04.2016 (an LStab 1)

Anlage: Statistische Auswertung (PKS-Zahlen)

Dienstgebäude:
Walter-Pauli-Ring

Zu der Anfrage der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln nehme ich wie folgt Stellung:

Telefon 0221-229-0
Telefax 0221-229-2002
poststelle.koeln@polizei.nrw.de
www.koeln.polizei.nrw.de

zu 1)

Inwieweit ist der Verwaltung bekannt, dass in den Stadtteilen vermehrt Straftaten begangen werden und inwiefern hat die Verwaltung darüber polizeilich bestätigte Erkenntnisse und wenn ja, wie ist die statistische Verteilung stadtteilbezogen?

Öffentliche Verkehrsmittel:
Straßenbahn-Linien 1 und 9
Haltestelle: Kalk Post
S-Bahn-Linien S 12, S 13
sowie RB 25
Haltestelle: Trimbornstraße

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) weist für das Jahr 2015 rückläufige Fallzahlen der Gesamtkriminalität aus. Konsequente Maßnahmen gegen Tatverdächtige oder potenziell Tatverdächtige haben zu einer Verunsicherung auch von überörtlich handelnden Tätern geführt und hatten Auswirkungen auf die Kriminalitätsentwicklung im gesamten Stadtgebiet. Für nähere Details verweise ich auf die Anlage, die einen Vergleich der Statistik aus dem Jahr 2014 mit dem vergangenen Jahr ermöglicht. Aus der Auswertung ergibt sich ebenfalls die nach bestimmten Delikten aufgeschlüsselte Kriminalitätsentwicklung für die sieben Polizeiinspektionen meiner Behörde. Eine Auswertung zu einzelnen Stadtteilen erfolgt weder für Köln noch für Leverkusen.

Zahlungen an
Landeskasse Düsseldorf
Kto-Nr.: 965 60
BLZ: 300 500 00 Helaba
TV-Nr.: 03036316
IBAN:
DE3430050000000096560
BIC: WELADEDXXX

Der rückläufige Trend der PKS-Zahlen hat sich im ersten Quartal 2016 insgesamt fortgesetzt. Dabei haben die Präsenzmaßnahmen rund um den Kölner Dom, den Hauptbahnhof und in der Altstadt deutliche Wirkung gezeitigt. Bei der Betäubungsmittelkriminalität war im Stadtgebiet Köln ein Anstieg zu verzeichnen, weil sich das mit Präsenzmaßnahmen verbundene polizeiliche Einschreiten in Form von steigenden Fallzahlen ausgewirkt hat (Stichwort: Kontrollkriminalität). In der Polizeiinspektion Nordost und in der Polizeiinspektion Südost konnte ein Anstieg der Fallzahlen „Diebstähle an/aus Kraftfahrzeugen“ festgestellt werden, der jedoch nicht auf Verdrängung zurückzuführen ist, sondern mutmaßlich durch lokal agierende Täter verursacht wird.

zu 2)

Inwieweit führt die massive Polizeipräsenz in der Innenstadt dazu, dass in den Stadtteilen weniger Polizisten auf Streife sind und infolge dessen eine Verlagerung von Straftaten und Straftätern in die anderen Stadtteile erfolgt ist?

Eine durch die Präsenzmaßnahmen in der Kölner Innenstadt bedingte Verdrängung der Kriminalität von der Innenstadt in andere Stadtteile ist anhand der Fallzahlen und des Anzeigenaufkommens nicht zu erkennen.

zu 3)

Wie wollen Stadtverwaltung und Polizei die subjektive und objektive Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen verbessern?

Um die objektive und subjektive Sicherheit zu verbessern, handelt die Polizei Köln an identifizierten Kriminalitätsschwerpunkten. Darüber hinaus führen konsequente Maßnahmen gegen Tatverdächtige oder potenziell Tatverdächtige zu einer Verunsicherung auch von überörtlich handelnden Tätern. Das hat Auswirkungen auf die Kriminalitätsentwicklung auch in den Stadtteilen. Die Schwerpunkte liegen in der Bekämpfung der Gewaltkriminalität auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, in der Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls, des Taschendiebstahls, des Diebstahls aus Kraftfahrzeugen und in der Bekämpfung der Betäubungsmittelkriminalität an ausgewählten Brennpunkten.

Neben dem Handeln an Kriminalitätsschwerpunkten sind polizeiliche Präsenzmaßnahmen für die objektive und subjektive Sicherheit von Bedeutung. Diese werden in den Stadtteilen vorrangig durch die Bezirks- und Schwerpunktdienste der Polizeiinspektionen wahrgenommen. Daneben erfolgt gezielte polizeiliche Präsenz an erkannten Brennpunkten und Angsträumen. Hierzu sind Präsenzkonzepte entwickelt worden, in die – je nach Verfügbarkeit – auch Kräfte der Bereitschaftspolizei einbezogen werden.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet das verstärkte Zusammenwirken aller für die Sicherheit im öffentlichen Raum Verantwortlichen. Hierüber ist zu Beginn dieses Jahres in einer Sicherheitskonferenz unter Beteiligung der Behördenleitungen von Stadt Köln, Polizei Köln, Staatsanwaltschaft, Amts- und Landgericht sowie der Bundespolizeidirektion St. Augustin Einvernehmen erzielt worden. Weil sozial abweichendes Verhalten mit der Tendenz zur Kriminalität nicht allein mit einem traditionell eher repressiven Ansatz bewältigt werden kann, sind vor allem Maßnahmen der Kriminalprävention zu intensivieren. Einen wesentlichen Beitrag leistet hier die Stadt Köln mit den von ihr ins Leben gerufenen Kriminalpräventiven Räten, an denen die Polizei Köln beteiligt ist.

Im Auftrag

gez.
Wißbaum